

WORTE AUS DEM LANDESVORSTAND

Tarifverhandlungen 2021 – wenn sich zwei Seiten annähern müssen

Wie wir Euch in der Maiausgabe schon mitgeteilt haben, stehen im Oktober die nächsten Tarifverhandlungen an. Wie diese ablaufen und wie die Forderungen entstehen, haben wir schon erklärt. Es kann aber eben auch passieren, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), also die Arbeitgeberseite, diese Forderungen als vermessen einstuft und nicht akzeptiert. Dann ringen wir um Kompromisse. Warum ist das so? Sind die Forderungen von uns Gewerkschaften verhältnismäßig? Sind die Finanzprobleme der Länder so groß, dass der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes sich eine angemessene Vergütung seiner Mitarbeiter nicht mehr leisten kann?



Fotos: CandyPictur@es2

Beatrice Hsu und Alexander Meyer

Wir wollen nur eines – Arbeit muss sich lohnen

Wenn man diesem Grundsatz folgt, müssen die Tarifiergebnisse mindestens die gestiegenen Lebenshaltungskosten der Gesellschaft decken. Sollen die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes jedes Jahr eine geringere Kaufkraft haben und jeden Monat nach hingebungsvoller Arbeit letztlich weniger Geld übrig haben, wäre das mit Verlaub ein Armutszeugnis für den Arbeitgeber. Steigende Lebenshaltungskosten führen vereinfacht gesagt auch beim Staat zu Mehreinnahmen, die dieser an seine Mitarbeiter abgeben kann. Die Forderung des Ausgleiches der gestiegenen Lebenshaltungskosten (gestiegene Mietpreise, gestiegene Preise für Strom, Gas, Lebensmittel und Benzin) ist dementsprechend nicht unangemessen. Es ist lediglich die Sicherung des Ist-Standes für die Beschäftigten und nicht mehr. Etwas, das aus unserer Sicht jenen zusteht, die das Land täglich am Laufen halten, was nicht nur in der Pandemie wie in einem Brennglas offenbart wurde.

Die Arbeitgeberseite will an die Arbeitsvorgänge ran und schlechter eingruppiert werden

Nun liegt es aber in der Natur der Sache, dass der Arbeitgeber nie mehr gibt als nötig. Das wird dieses Mal noch weiter in den Vordergrund rücken. Die Begründung wird die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen sein. Noch dazu will die Arbeitgeberseite dieses Mal das Eingruppierungsrecht verschlechtern, worüber wir Euch in der Maiausgabe im Berliner Landesjournal und im Bundeseil der DP informiert haben. Das könnte schwerwiegende Folgen für den Tarifbereich haben und Herabgruppierungen nach sich ziehen. Die Arbeitgeberseite möchte den Arbeitsvorgang verändern, in viele kleine einzelne Arbeiten zerlegen. Die Absicht ist klar, denn viele kleine Arbeiten werden schlechter bewertet als ein großer komplexer Arbeitsvorgang und demnach auch schlechter eingruppiert. Ohne eine Verständigung zu diesem Thema will die Arbeitgeberseite über Tarifforderungen gar nicht erst verhandeln. Bereits bei den letzten Tarifverhandlungen in 2019 mussten wir die bit-

tere Pille schlucken, Gespräche zum Thema Arbeitsvorgang aufzunehmen. Die Gewerkschaftsseite hatte sich scharf gegen eine Veränderung des Arbeitsvorgangs ausgesprochen und war bereit, die Verhandlungen scheitern zu lassen. Die Arbeitgeberseite bevorzugt einen Kahlschnitt und riskiert damit fahrlässig, dass der öffentliche Dienst für Experten wie Sachverständige, Ärzte, IT-Experten unattraktiver wird. Wollen die Landesregierungen keine Expertise von außen mehr in der Behörde? Wer glaubt das IT-Experten oder Gutachter für noch weniger in der Behörde arbeiten werden, der irrt. Die Behörde hat jetzt schon Probleme, die Stellen zu besetzen.

Die von der TdL gewollte Änderung der Bewertung zur Eingruppierung führt lediglich zu einer Schlechterstellung. Diese Änderungswünsche gilt es abzuwenden und die Gewerkschaften werden sich klar positionieren und dies im Sinne der Beschäftigten und der Behörde, die weitere Fachkräfte benötigt, mit aller Macht versuchen zu verhindern. Bitte unterstützt uns mit Eurer Teilnahme an Aktionen, denn wir werden diese Rückendeckung brauchen! ■



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben nicht nur das erste Halbjahr erfolgreich hinter uns gebracht, sondern durch gegenseitige Rücksichtnahme dafür gesorgt, dass immer mehr Normalität in unser Leben zurückkehrt. Zu dieser gehören in einem demokratischen Rechtsstaat auch Wahlen und langsam, aber sicher sollte sich jeder mal überlegen, wo er am 26. September auf Bundes- und Landesebene sein Kreuz macht. Die CDU möchte mit Kai Wegner in die Zukunft, als GdP schauen wir ohnehin stets nach vorne.

Viel Spaß beim Lesen! Benjamin Jendro, Landesredakteur

BEIHILFE – LEICHT GEMACHT!

Wissenswertes zum Berliner Beihilferecht in sechs Kapiteln – Kapitel 5, Ausschlüsse und Höchstgrenzen

Die Beihilfe im Krankheits-, Pflege- und Geburtsfall entspringt der Fürsorgepflicht des Staates. Aber längst nicht alle persönlichen Gesundheitsaufwendungen sind beihilfefähig. Manche sind ausdrücklich ausgeschlossen, für andere gibt es sogenannte Selbstbehalte oder Eigenanteile. Für diesen schwierigen Bereich der Beihilfebestimmungen sollte man sich über die den individuellen Einzelfall betreffenden Details in den entsprechenden Anlagen informieren.



Foto: Medirenta

Arzneimittel, die überwiegend der Erhöhung der Lebensqualität dienen (Anlage 5). Für die Behandlung durch Heilpraktiker, für Krankengymnastik und Massagen gilt die Zulassung nach Anlage 8. Für manche Arzneimittel gelten auch Festbeträge (Anlage 6).

Weitere Leistungsbereiche der Beihilfe (z. B. Hilfsmittel wie Rollatoren etc.) werden in den Anlagen 9 und 10 dokumentiert.

Eigenbehalte gelten in Berlin nur für Krankenhaus- und

Rehaufenthalte bis zu 28 Tagen. Es werden zehn Euro pro Tag fällig, wobei sowohl der Aufnahme- als auch der Entlassungstag voll mitzählen.

Befreiung von Eigenbehalten

In Berlin findet dieser Anspruch selten Anwendung. Durch eine Belastungsgrenze sollen Beihilfeberechtigte bei einer besonders schweren oder langwierigen Krankheit fi-

nanziell entlastet werden. Auf Antrag kann man von Eigenbehalten verschont werden, wenn diese ein definiertes Maß übersteigen. Dieses Maß ist einkommensabhängig. Für chronisch Kranke gilt eine jährliche Belastungsgrenze von einem Prozent ihrer Einnahmen, für alle anderen beträgt diese Grenze zwei Prozent. Die zugrunde liegende Einkommensberechnung ist ausgesprochen kompliziert. Wenn man glaubt, betroffen zu sein, sollte man unbedingt einen Antrag auf Befreiung von den Eigenanteilen stellen. Denn die Befreiung gilt immer nur fürs Jahr der Antragstellung und muss jährlich erneuert werden. Bei der Befreiung von Eigenbehalten wird immer das Einkommen der beihilfeberechtigten Person und der berücksichtigungsfähigen Angehörigen zugrunde gelegt. ■

Medirenta, Deutschlands führende Beihilfeberatung, ist Partner der GdP Berlin. Die Fachleute von Medirenta übernehmen für Beihilfeberechtigte sämtliche Vorgänge rund um deren Krankenkosten, und das seit rund 40 Jahren.

Nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel sind im Gegensatz zur BBhV nach den Berliner Vorschriften beihilfefähig. Dagegen sind Präparate bei Erkältungskrankheiten, Pilzinfektionen, Reisekrankheiten und Verstopfungen nicht beihilfefähig. In der Regel zählen auch Nahrungsergänzungsmittel und Vitaminpräparate und generell Mittel, bei denen nach dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Wissenschaft der diagnostische oder therapeutische Nutzen nicht gegeben ist, zur nicht beihilfefähigen Gruppe. Ausgeschlossen werden auch

DP – Deutsche Polizei
Berlin

Geschäftsstelle
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de

Konten
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00

Der Autor

EPHK Stephen Köppe ist 44 Jahre alt, zurzeit in der Funktion des Leiters Führungsdienst (V) im Abschnitt 23 und Lehrbeauftragter an der HWR Berlin (FB 5) sowie der HPol Brandenburg (Einsatzlehre-Führungslehre). Er befindet sich kurz vor dem Abschluss des Masterstudiengangs Management und Consulting an der Beuth-Hochschule in Berlin.



„DIE ZUKUNFT GEHÖRT DENEN, DIE DIE MÖGLICHKEITEN ERKENNEN, BEVOR SIE OFFENSICHTLICH WERDEN.“ (OSCAR WILDE)

Die Polizei als lernende Organisation – Zukunftswerkstatt GdP

Die Polizei steht aktuell vor großen Herausforderungen. Ein umfassender Wandel in der Personalstruktur aufgrund von hohen Pensionierungswellen hat begonnen und wird auch in nächster Zeit anhalten. Gleichzeitig tritt eine deutliche Verjüngung in der Kollegenschaft ein. Zu Realisierung der immensen personalwirtschaftlichen Veränderungen müssen die Polizei, aber auch die Gewerkschaften neue Wege gehen. In der GdP sind wir dazu bereit.

Stephen Köppe

Viele neue Kolleginnen und Kollegen mit teilweise unterschiedlichen Lebensläufen müssen integriert werden. Dieser Generationswechsel ist gekennzeichnet durch unterschiedliche Erwartungshaltungen und Wertvorstellungen im Arbeitskontext. Eine neue junge Kollegenschaft mit klaren Vorstellungen und Erwartungen an ein zeitgemäßes berufliches Umfeld trifft auf einen noch großen Anteil von lebensälteren Kolleginnen und Kollegen, die durch ihr bisheriges Berufsleben ganz unterschiedlich sozialisiert wurden. Zwei Generationen mit teilweise divergierenden Wertevorstellungen begegnen sich im Arbeitskontext. Sowohl die Menschen in der Polizei als auch in den Gewerkschaften müssen sich teilweise komplett „neu definieren“. Neben diesen Herausforderungen liegt hier auch die große Chance in der Entwicklung einer gemeinsamen werteorientierten Unternehmenskultur. Eine Polizei, die in einem Diskurs gemeinsame Kernwerte herausarbei-

tet, gemeinsame Ziele formuliert und von den Fähigkeiten der jeweils anderen lernt, entwickelt ihre Kompetenzen stetig weiter und wird schließlich zu einer lernenden Organisation.

Vor diesem Hintergrund konnte die GdP Berlin ein erfahrenes Projektteam für ein zukunftsweisendes Projekt „Die Polizei als lernende Organisation – Zukunftswerkstatt GdP“ gewinnen. Unter der Projektleitung von EPHK Stephen Köppe, der wissenschaftlichen Leitung von Frau Prof. Dr. Wiese und der fachlichen Begleitung durch Diplom-Sozialökonomin Hedy Gerstung soll in zukunftsweisenden Themen für die GdP Berlin geforscht werden. Ziel ist es, Forschungsprojekte über das FoBeG-Institut (Institut für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialwesen) an der Alice Salomon Hochschule Berlin zu initiieren und daraus erlangte Erkenntnisse für eine strategische Ausrichtung der GdP Berlin in den Themenfeldern rund um die Generationenforschung in Seminaren und Tagungen zu transportieren sowie zu diskutieren.

Dieser Diskurs um Erwartungshaltungen und Wertevorstellungen ist nicht nur

wichtig in der Frage, wie wir zukünftig eine ganze Generation nachhaltig an den Arbeitgeber Polizei Berlin binden, sondern bietet vor allem auch Chancen in der Entwicklung einer erfolgreichen gewerkschaftlichen Arbeit in diesem Kontext. In der Frage, was die neu in der Polizei und den Gewerkschaften heranwachsende Generation von Kolleginnen und Kollegen erwartet und braucht, soll eng mit der Jungen Gruppe zusammengearbeitet werden. Aber auch die vielen erfahrenen älteren Kolleginnen und Kollegen spielen eine wichtige Rolle. Hier geht es nicht nur darum, fachliches Wissen zu transferieren, sondern generationsübergreifend zusammenzukommen, um Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Führungskräfte müssen eine werteorientierte Führung verwirklichen, eine Vertrauenskultur schaffen, halten und die verschiedenen Interessenlagen der Generationen austarieren. Hierzu sollen Seminare und Tagungen explizit für Führungskräfte angeboten werden, um bei der Etablierung einer lebendigen Diskussionskultur, in der es auch um Feedback, Fehleranalyse und Problemlösung geht, zu unterstützen. Im Umgang mit im Dienst verletzten Kolleginnen und Kollegen sind in Zusammenarbeit mit dem grünen Stern weitere Unterstützungsangebote geplant. In diesem Kontext soll auch die Gründung eines Forums Krisenintervention diskutiert werden. Der zentrale Anspruch dieses Projektes wird es sein, generationsübergreifende Forschungsergebnisse in den dargelegten Themenbereichen herauszuarbeiten und für eine zukunftsweisende Gewerkschaftsarbeit zu nutzen. Das Konzept einer Polizei als lernende Organisation soll hier die Grundlage für eine notwendige Neuausrichtung in der strategischen Arbeit der GdP Berlin sein, in der vor allem eure Erwartungen und Vorstellungen im Mittelpunkt stehen werden. ■





Berlin-Wahl 2021 – Wir fragen für Dich nach

April: Teil 1 – Klaus Lederer (Die Linke)

Mai: Teil 2: Bettina Jarasch (Bündnis 90/Die Grünen)

Juni: Teil 3 – Sebastian Czaja (FDP)

Juli: Teil 4 – Franziska Giffey (SPD)

August: Teil 5 – Kai Wegner (CDU)

INTERVIEW DES MONATS – BERLIN-WAHL 2021 – TEIL 5: KAI WEGNER

„Die Polizei sollte nicht für Showeinsätze instrumentalisiert werden“

Seit 2005 ist Kai Wegner im Bundestag und so für die deutschlandweite Politik zuständig. Dass seine Priorität dabei immer auf der Hauptstadt lag, hat er nie verheimlicht. Folgerichtig stellt er sich im September nur noch den Berlinerinnen und Berlinern zur Wahl und ist als CDU-Spitzenkandidat der perfekte Schlussakkord unserer fünfteiligen Interviewreihe. Wegner hat uns im Gespräch Mitte Juni erzählt, wozu er 1.000 Polizisten mehr braucht, was er mit einer Milliarde Euro machen würde und wozu er eine übergeordnete Senatsverwaltung schaffen möchte.

DP: Lieber Herr Wegner, wo schauen Sie heute Abend den EM-Auftakt der Deutschen Nationalmannschaft und haben Sie schon einen Ausflug nach München geplant?

Wegner: Wenn ich es rechtzeitig nach Hause schaffe, schaue ich das Spiel zusammen mit meiner Familie. Nach München werde ich zeitbedingt nicht reisen, denn mein Fokus liegt ganz klar auf Berlin. Vielleicht geht es im Sommer mit der Familie ein paar Tage an die Ostsee, aber dann nur mit Handy. Der Wahlkampf ist intensiv, aber unsere Stadt braucht einen Politikwechsel. Berlin verdient den Neustart.

DP: Das bedeutet, wenn die Berlinerinnen und Berliner sich im September für

die CDU entscheiden, bleibt das Handy auch die nächsten Jahre dauerhaft an?

W: Wenn ich ein Ziel habe, dann verfolge ich das mit ganzer Kraft und voller Leidenschaft. Das lebe ich schon immer so. Dazu gehört auch der stetige Austausch mit den Menschen in dieser Stadt. Ich bin bereit für mehr und freue mich, dass ich aus den Gesprächen viele Dinge mitnehmen kann, die wir in den nächsten Jahren angehen werden. Für die Berlinerinnen und Berliner gebe ich 100 Prozent.

DP: Wenn wir Mitte Juni über Politik sprechen, müssen wir über Corona und auch die EM reden. Berlin hat sich gegen eine Fanmeile ausgesprochen, richtige Entscheidungen angesichts der schwindenden Inzidenzen?

W: Wir sind noch in der Pandemie und dürfen das Erreichte nicht riskieren. Deswegen müssen wir alle weiterhin vorsichtig sein. Das Wichtigste ist, dass wir eine weitere Welle verhindern. Dabei spielen Impfungen eine entscheidende Rolle. Einen neuen Lockdown verkraften wir weder wirtschaftlich noch sozial. Ich denke dabei vor allem an die jungen Leute. Das, was Kinder und Jugendliche in den letzten Monaten durchmachen mussten, wird uns noch lange beschäftigen. Und deshalb war es mir – gerade für das soziale Miteinander – wichtig, dass die Schulen vor den Sommerferien noch mal öffnen. Auch die Auswirkungen auf die Gastronomie werden uns noch lange beschäftigen. Aber der Sound Berlins beginnt wieder zu klingen und das freut mich. Wir dürfen jedoch nicht übertreiben. Selbst auf einer Fanmeile mit den besten Konzepten hätte es zu viele Emotionen gegeben, bei denen irgendwann keine Abstände mehr eingehalten worden wären. Dass in der Außengastronomie viel Public Viewing läuft, ist ein guter Kompromiss.

DP: Welche Rolle spielen Polizei und Feuerwehr im Sound von Berlin und im Leben von Kai Wegner?

W: Schon durch viele Freunde und Bekannte, die für Polizei und Feuerwehr tätig sind, spielen die Sicherheitsbehörden eine große Rolle in meinem Leben. Umso mehr bewegt es mich, dass der tägliche Einsatz der Beschäftigten nicht die Wertschätzung erfährt, die ich mir und die sich auch viele Beschäftigte wünschen. Früher wie auch heute höre ich bei Dienststellenbesuchen den Wunsch nach mehr Besoldung, Personal und besserer



Hier findest du uns im Social Media



Ausstattung. Viel zu oft höre ich mittlerweile aber als Erstes, dass sich die Kolleginnen und Kollegen mehr Vertrauen in ihre Arbeit wünschen. Diese Entwicklung bewegt mich zutiefst. Hier trägt der Dienstherr eine besondere Verantwortung. Gleichzeitig müssen wir die Schere zwischen Landes- und Bundesbesoldung endlich schließen. Es geht um Wertschätzung und um die besten Köpfe. Deshalb ist es mein Ziel, bis 2026 auf dem Niveau der Bundesbesoldung zu sein. Ein System, das auf Zulagen beruht, die nicht einmal ruhegehaltstfähig sind, löst das eigentliche Problem nicht. Das Grundgehalt muss endlich erhöht werden. Polizei und Feuerwehr verdienen mehr Vertrauen, Rückendeckung und Wertschätzung. Denn die Berlinerinnen und Berliner wollen in einer sicheren Stadt leben.

DP: Wie erreichen Sie dieses Vertrauen, was würden Sie ändern?

W: Da ist vieles zu ändern. Ich werde das LADG abschaffen, weil es eine unglaubliche Symbolwirkung des Misstrauens hat. Ich werde für bessere Arbeitsbedingungen und einen Personalaufwuchs sorgen. Mein Ziel ist, dass die Menschen wieder Polizistinnen und Polizisten in ihrem Kiez sehen und nicht nur bei sogenannten Großlagen. Wertschätzung drückt sich auch in der baulichen Substanz der Dienststellen aus. Da muss dringend nachgebessert werden. Es geht mir aber auch um den generellen Umgang. Ich höre immer als Erstes die Frage nach der Verhältnismäßigkeit polizeilicher Maßnahmen. Wir sollten doch erst einmal fragen, wie sich gewalttätige Extremisten verhalten haben. Im besetzten Haus der Rigaer Straße befinden sich keine Aktivisten, sondern schwere Straftäter. Ich vertraue unser Berliner Polizei zu 110 Prozent.

DP: Für die Polizei steht im Wahlprogramm die Zahl von 1.000 zusätzlichen Stellen, gibt es auch einen Plan für die Feuerwehr?

W: Mit den 1.000 Stellen werde ich die Direktionshundertschaften wieder aufbauen, damit die Abschnitte auch in der Fläche bei besonderen Lagen schnell reagieren können. Für die Feuerwehr ist unsere Priorität, die Nachwuchsgewinnung wieder anzukurbeln. Wir müssen den Beruf attraktiver machen, zum Beispiel über funktionstüchtige Wachen und ordentliche Ausstattung.



DP: Das klingt bei Innensenator Geisel alles ähnlich. Der gibt für die Polizei die Marke 20.000, will mehr Blau und Rot in der Stadt. Ist das Wahlprogramm der CDU nicht ohnehin schon in der Umsetzung, was das Personal angeht?

W: Es ist immer eine Frage, wie glaubwürdig das ist, wenn Du bereits seit fünf Jahren in der Verantwortung bist. Ich höre das Gleiche beim Thema Wohnen, dem ÖPNV etc. Alle unsere Anträge zum Ausbau in diesen Bereichen wurden abgelehnt. Die SPD stellt seit 20 Jahren den Regierenden Bürgermeister. Was genau ist in diesen Jahren bei den wirklich wichtigen Themen passiert? Wir brauchen keine Ideologie, sondern eine Politik des gesunden Menschenverstandes. Deswegen braucht Berlin einen Neustart und dann können die Wählerinnen und Wähler nach fünf Jahren bewerten, was mit der CDU erreicht wurde.

DP: Das klingt gut, kostet aber alles Geld. Die Kassen werden durch die Corona-Folgen nicht voller sein. Wie möchte die CDU das alles finanzieren?

W: Wir müssen neue Schwerpunkte setzen. Berlin hat die meisten Chancen schlechthin, das größte Potenzial. Aber man muss es auch nutzen und die bestehenden Probleme lösen. Wir sind in den letzten Jahren für Berliner

Verhältnisse nahezu im Geld geschwommen. Doch das Geld wurde fast nur für Klientelpolitik und weniger für alle Menschen in dieser Stadt ausgegeben. Um investieren zu können, muss man die Wirtschaft wieder ankurbeln, um Steuereinnahmen zu generieren. Ein Schwerpunkt wird bei mir das Thema Bildung sein. Berlin gibt im Bundesvergleich das meiste Geld pro Kopf für Bildung aus, aber die Ergebnisse sind unzureichend. Wir müssen junge Leute wieder besser aufs Berufsleben vorbereiten. Wenn ich von der Gesamtheit der Stadt spreche, rede ich natürlich auch über Investitionen in Polizei, Feuerwehr und Justiz, die Garanten für die Innere Sicherheit sind. Dazu gehört eben auch der Aufbau von Wohnraum. Denn selbstverständlich muss sich ein Berliner Polizist eine Wohnung in Berlin leisten können. Bei mir werden Menschen mit einem normalen Einkommen wieder stärker in den Blick genommen. Bauen dauert, aber wir müssen endlich damit anfangen und Strukturen vereinfachen, Gesetzesvorgaben entschlacken. Da ist fünf Jahre zu wenig passiert. Da reden wir eben auch über Digitalisierung.

DP: Digitalisierung, schönes Stichwort – was genau plant die CDU für den öffentlichen Dienst?

W: Wir müssen den Glasfaserausbau als Chance begreifen. Es ist ein Unding, dass grün-geführte Verwaltungen den Ausbau

Liebe Mitglieder

Im Herbst stehen nicht nur die Wahlen für den Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus, sondern auch für unsere einzelnen Bezirksgruppen an, in denen es auch um die Zukunft Eurer Interessen in unserer Gewerkschaft geht. Dazu werdet Ihr in den nächsten Wochen Post von uns erhalten. Bitte stellt sicher, dass Eure aktuelle Adresse bei unserer Mitgliederverwaltung (mitgliederverwaltung@gdp-berlin.de) vorliegt und wir Euch nicht aufgrund eines uns nicht bekannten Umzuges Post ins Nirwana schicken!

oftmals verzögern oder behindern. Eine wichtige Weichenstellung wäre, dass wir einen Kopf haben, der beim Thema Digitalisierung Durchgriffsrecht auf alle Senatsverwaltungen hat. Aktuell agiert jede Verwaltung für sich, sodass am Ende nichts richtig vorangeht. Als CDU würden wir eine eigene Senatsverwaltung für Digitalisierung, Personal und Verwaltungsreformen schaffen.

DP: Aber das wäre ja eine übergeordnete Rolle, die haben wir doch mit dem Regierenden Bürgermeister. Wie soll das funktionieren, bittelt dann der Innensenator bei Ihrer neuen Senatsverwaltung nach Personalstellen für die Polizei?

W: Wir reden seit vielen Jahren über eine Personalbedarfsplanung für den öffentlichen Dienst und Experten erklären mir, dass mit einem Knopf alles aufs Jahr berechnet werden kann. Dennoch kommen wir immer wieder an einen Punkt, an dem wir feststellen, dass wir zu wenig vorgesorgt haben und mehr ausbilden müssen. Mein Anspruch ist, dass Berlin funktioniert. Das ist ein sehr wichtiger Bereich und der Innensenator hat mit der Inneren Sicherheit genug zu tun.

DP: Sie reden über mehr Polizei auf der Straße, dann reden wir vielleicht auch mal über die Aufgaben der Polizei. Wie steht Kai Wegner zum 24/7-Dienst bei Ordnungsdienstern?

W: Ich kann die Forderung absolut nachvollziehen, weil es am Ende des Tages zu einer Entlastung bei der Polizei führen würde. Diese würde ich aber über mehr Personal angehen, auch bei den Ordnungsdienstern wohlgeachtet. Wir wollen Befugnisse erweitern, in unserem Wahlprogramm steht nicht umsonst eine Stadtpolizei. Es geht uns darum, Teile der Ordnungsdienstern zu stärken, den jetzigen AOD entsprechend mit Befugnissen und Ausrüstung auszustatten, um Aufgaben ausführen zu können. Die Pandemie hat uns eine Reihe von Aufgaben gezeigt, die für die jetzigen Ordnungsdienstern mit Gefahren verbunden sind – Angriffe nach Hinweis aufs Maskengebot beispielsweise. Da brauchen Sie Hilfsmittel als ersten Schutz wie den Schlagstock und das Pfefferspray.

DP: Reden wir mal über Hilfsmittel für die Polizei – Videoüberwachung?

W: Ganz klar ja. Ich verstehe die ewige Diskussion dazu auch nicht. Egal, wo ich in Berlin unterwegs bin, werde ich gefilmt, beim Tanken, Geldabheben oder beim Einkaufen im Supermarkt. Mir wäre es lieber, wenn ich am Alexanderplatz gefilmt werde als auf der Tankstelle. Natürlich verhindert Videoüberwachung nicht die Straftat, aber sie schreckt ab und sorgt für Material zur Aufklärung von Straftaten. Wir brauchen deshalb Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten, um den Sicherheitsbehörden einen Ermittlungsansatz zu ermöglichen und zu verhindern, dass Menschen beispielsweise U-Bahntreppen heruntergeschubst werden. Ich bin auch offen für Ihren Vorschlag, die sogenannten Super Recognizer als eigene Einheit konzentriert arbeiten zu lassen. Grundsätzlich werde ich vor Entscheidungen immer das Gespräch mit der Polizei und den Gewerkschaften suchen. Ich möchte ein eigenes Polizeigesetz für Berlin. Und wir sollten es auch so nennen. In diesem regeln wir dann auch den finalen Rettungsschuss, den Einsatz von Tasern, flächendeckende Bodycams und die Quellen-TKÜ so, dass sie den Kolleginnen und Kollegen helfen und sie ihre Arbeit machen können. Dazu gehört übrigens auch unser Plan zur Bekämpfung von Drogenkriminalität. Wir wollen die Freigrenze auf fünf Gramm heruntersetzen, kontrollierte Abgabestellen und Schutzräume schaffen sowie in Prävention investieren. Die Polizei sollte nicht für Showeinsätze gegen Dealer auf der untersten Ebene instrumentalisiert werden, sondern sich auf Hintermänner aus der Organisierten Kriminalität konzentrieren können. Außerdem wollen wir einen Schwerpunktstaatsanwalt für das Thema.

DP: Wir haben vorhin über Besoldung gesprochen und über die Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen. Was ist mit der rückwirkenden Erstattung – Stichwort: Amtsangemessene Alimentation?

W: Spätestens das Urteil zur Richterbesoldung hätte Rot-Rot-Grün wachrütteln müssen. Statt zu handeln hat der Senat weitere Urteile abgewartet. Das Ergebnis war voraussehbar und ich finde es schade, dass Gerichte den rot-rot-grünen Senat erst dahin treiben müssen. Das ist teuer, aber es kann ja nicht sein, dass man Leistung für

diese Stadt bringt und das nicht vergütet bekommt. Ob es eine Pauschalzahlung oder monatliche Abschläge gibt und wie viel es sein wird, müssen wir sehen. Wir müssen dann gemeinsam mit den Gewerkschaften über Lösungen verhandeln. Das gilt für alle anderen Sachen auch. Wir werden nicht immer einer Meinung sein, aber gemeinsam Kompromisse finden.

DP: Wie sieht es mit der Lebensarbeitszeit aus, wollen Sie die verlängern?

W: Wir sollten es niemandem verbieten, der es möchte, und Möglichkeiten schaffen. An die aktuellen Grenzen möchte ich aber nicht heran, denn ich weiß, wie belastend und anspruchsvoll dieser Job ist.

DP: Wenn Sie die Belastung kennen, dann wären Sie sicher offen für eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit?

W: Die Forderung kann ich absolut nachvollziehen, aber ich befürchte, dass damit die Überstunden weiter ansteigen. Mein primärer Fokus liegt deshalb auf einem deutlichen Personalaufwuchs, um individuell zu entlasten.

DP: Angenommen, Sie finden irgendwo eine Milliarde Euro irgendwo im Haushalt. Wofür für würden Sie die ausgeben?

W: Das wäre echt mal eine gute Sache. Ich würde zwei zentrale Schwerpunkte setzen: Einerseits der bezahlbare Wohnraum, damit sich Menschen, die keinen Wohnberechtigungsschein bekommen, dennoch eine Wohnung leisten können. Auch ich möchte nicht, dass nur Millionäre in der Innenstadt leben und außen die Sozialhilfeempfänger. Paris ist da kein gutes Vorbild. Mein zweiter Schwerpunkt wäre Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung. Damit meine ich Investitionen in Polizei, Feuerwehr, Justiz und Ordnungsdienstern. Mein klares Ziel: Der Rechtsstaat muss in Berlin an allen Ecken funktionieren und konsequent durchgesetzt werden.

DP: Was bekommen die Berlinerinnen und Berliner, wenn Sie die CDU wählen (Six-Word-Flash)?

W: Pragmatismus, Verlässlichkeit, Zusammenhalt, Machen, Stolz, Berlin. ■



REDAKTIONSSCHLUSS

für unsere September-Ausgabe, auch für Veranstaltungen, ist der 5. August 2021. Euer Landesredakteur



2. Landesfrauenkonferenz „Hört uns Frauen zu – WIR reden mit!“

Wann: Freitag, 20. August, 10–16 Uhr.

Wo: Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Bat-Yam-Platz 1, 12353 Berlin (direkt U-Bhf Lipschitzallee).

Info: Wir freuen uns auf die Teilnahme zahlreicher engagierter Gewerkschafterinnen, bitten Euch aufgrund der noch immer anhaltenden Pandemie aber um vorherige Anmeldung bis spätestens 1. August unter britta.helmer@polizei.berlin.de oder doris.richter@polizei.berlin.de. Bitte denkt daran, dass vor Ort die dann aktuellen Richtlinien der Corona-Eindämmungsverordnung beachtet werden müssen.

2. Landesfrauenkonferenz

„Hört uns FRAUEN zu –
WIR reden mit!“

20.08.2021 | 10 Uhr | Gemeinschaftshaus
Gropiusstadt | Bat-Yam-Platz 1 | 12353 Berlin



Über uns:
gdp.de/Berlin



Veranstaltungen

Bezirksgruppen

Dir E/V

Wann: Montag, 13. September, 15 Uhr.

Wo: noch nicht bekannt, Bekanntgabe erfolgt zeitgerecht.

Info: Einladung zur 1. Bezirksgruppensitzung 2021.

Um eine Planung der Veranstaltung durchführen zu können, bitte ich um eine Teilnahmebestätigung bis Montag, den 6. September 2021 (per Mail an DirE-V@gdp-berlin.de). Aus terminlichen Gründen ist eine Beendigung dieser Bezirksgruppensitzung um 17 Uhr vorgesehen.

Wann: Montag, 13. September, 17 Uhr.

Wo: noch nicht bekannt, Bekanntgabe erfolgt zeitgerecht.

Info: Inhalt dieser Wahlversammlung ist die Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Gewerkschaftsarbeit in unserer Bezirksgruppe, für den Bezirksgruppenvorstand und für den ordentlichen Delegiertentag 2022 der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Berlin. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder, die mindestens einen Monatsbeitrag entrichtet haben. Ein Wahlrecht liegt nicht vor, wenn die Mitgliedschaft gemäß Satzung ruht (§ 2, Wahlordnung des Landesbezirks Berlin der Gewerkschaft der Polizei in der Fassung vom 20. Februar 2020).

Kontakt: DirE-V@gdp-berlin.de.

Seniorengruppen

Dir 1

Wann: Montag, 6. September, 13 Uhr.

Wo: MAESTRAL, Eichborndamm 236, 13437 Berlin.

Kontakt: Werner Faber, Tel.: 030 4032839.

Dir 2

Wann: Dienstag, 03. August, 15 Uhr.

Wo: Terrasse, im Restaurant El Manuel, Sandstraße 37 / Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.

Info: Aufgrund der vom Senat vorgegebenen Einschränkungen ist der Termin unter Vorbehalt. Änderungen werden der Gruppe zeitnah per E-Mail bekannt gegeben.

Dir 3 (Ost)

Wann: Montag, 13. September, 15 Uhr.

Info: Einladung zur Neuwahl des Vorstandes der Seniorengruppe der Bezirksgruppe der Direktion 3 (Ost). Zu dieser Wahlversammlung sind alle Seniorinnen und Senioren der Bezirksgruppe herzlich eingeladen!

Wo: Märkische Allee 174, 12681 Berlin, in der dortigen Kantine.

Kontakt: Bei Fragen wendet euch gerne an Manfred Rigow, Tel.: 030 92047441.

Dir 5

Im August haben wir Sommerpause.

PA

Wann: Dienstag, 24. August, 16 Uhr.

Wo: Marjan Grill, Flensburger Straße/Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

LKA

Info: Bis auf Weiteres entfallen coronabedingt die Treffen und Veranstaltungen der Seniorengruppe.

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel.: 030 7217547 oder Marianne Fuhrmann, Tel.: 030 7451353.

LABO

Im August hat die LABO-Seniorengruppe noch Sommerpause.

MEDIRENTA
CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!

Seit rund 40 Jahren für Sie im Einsatz: **MEDIRENTA** übernimmt als Beihilfeberater mit dem **Komplett-Service** für Sie und Ihre Angehörigen alle Abrechnungsvorgänge mit sämtlichen Kostenträgern und Leistungserbringern im Gesundheitswesen.



Informieren Sie sich!

030 / 27 00 00

www.medirenta.de

Mitglieder-Angebot



GdP & GdP Service GmbH

Wir sind ein starkes Team!

ABOUT YOU

FASHION ISN'T ABOUT ANYONE ELSE, IT'S ABOUT YOU

Outfits Inspiration

Entdecke neue Outfits für alle Anlässe

Bestelle deine Mode noch heute bei ABOUT YOU. Kostenlose & schnelle Lieferung! Über 1.200 Marken - 100 Tage Rückgaberecht.

ABOUT YOU[®]

Als GdP-Mitglied erhältst du über die Geschäftsstelle (info@gdp-service.berlin) einen Rabattcode von 20 % für deinen Einkauf! Gilt nicht in Rabattaktionszeiträumen, wie z.B. Black Friday.



@GdPHauptstadt



@GdP_Berlin



@gdpberlin

Gewerkschaft der Polizei Berlin &
GdP Service GmbH Berlin
Kurfürstenstraße 112 · 10787 Berlin
www.gdp.de/berlin
www.gdp-service.berlin



**Gewerkschaft
der Polizei**

Berlin